



# **Planerwahlverfahren Rahmenvertrag Sicherheitsschalter Stadtpolizei Geheimhaltungserklärung**

---

Wir nehmen zur Kenntnis, dass unser Betrieb und alle seine Mitarbeitenden betreffend der Unterlagen des Gesamtleistungsstudienauftrags, einer vertraglichen Geheimhaltungspflicht unterstellt sind.

Diese verpflichtet zur Verschwiegenheit über alle dienstlichen Angelegenheiten und Informationen, die ihrer Natur nach oder gemäss besonderen Vorschriften geheim zu halten sind.

Wir verpflichten uns ausdrücklich:

- sämtliche Daten, welche wir im Zusammenhang mit diesem Projekt erhalten resp. erstellen, und Personendaten streng vertraulich zu behandeln und für Dritte nur aufgrund einer vorgängigen schriftlichen Erlaubnis des Amts für Hochbauten zugänglich zu machen – unabhängig davon, wie wir im Rahmen unserer Tätigkeit für das Amt für Hochbauten von diesen Informationen und Personendaten Kenntnis erhalten haben;
- eine entsprechende vertragliche Geheimhaltungspflicht allen Subunternehmern oder anderweitigen Vertragspartnern, mit welchen wir im Rahmen dieses Projekts zusammenarbeiten, zu überbinden;
- insbesondere keinerlei Auskünfte gegenüber Medien oder Medienschaffenden, Passanten, Anwohnern oder allgemein Drittpersonen zu geben. Bei Anfragen ist auf die Projektleitung des Amts für Hochbauten zu verweisen;
- die gesetzlichen und die mit der Stadt Zürich vertraglich vereinbarten Datenbearbeitungs-, Sicherheits- und Geheimhaltungsbestimmungen zu befolgen und Informationen und Personendaten ausschliesslich entsprechend den Weisungen der Auftrag gebenden Stelle der Stadt zu bearbeiten;

Eine Verletzung dieser Verpflichtungen kann Schadenersatz oder eine Busse zur Folge haben. Kumulativ ist eine Konventionalstrafe in der Höhe von CHF 10'000.00 geschuldet.

Des Weiteren bestätigen wir, die abgedruckten Auszüge aus dem Beitrittsgesetz des Kantons Zürich (BeiG §§ 4a Abs. 1 lit.g und 4b Abs. 1) sowie aus dem Gesetz über Information und den Datenschutz des Kantons Zürich (IDG, §§ 6 und 40) zur Kenntnis



genommen zu haben und über die geltenden gesetzlichen und die mit der Stadt Zürich vertraglich vereinbarten Datenbearbeitungs-, Geheimhaltungs- und Sicherheitsbestimmungen aufgeklärt worden zu sein.

**Unterschrift Bezieher / Bezieherin der Unterlagen**

**Ort, Datum:**

---

**Firma**

**Name, Vorname, Unterschrift**

---

Gesetzliche Bestimmungen

§ 4a BeiG

Die Vergabestelle schliesst Anbieterinnen und Anbieter aus einem laufenden Verfahren aus, wenn sie [...] die Vertraulichkeit von Informationen missachtet.

§ 4b BeiG

Unter den Voraussetzungen von § 4a Abs. 1 lit. g kann die Auftraggeberin oder der Auftraggeber eine Anbieterin oder einen Anbieter verwarnen oder in schweren Fällen für bis zu fünf Jahren von zukünftigen Vergaben der betreffenden Körperschaft ausschliessen.

§ 6 IDG (Bearbeiten im Auftrag)

Das öffentliche Organ kann das Bearbeiten von Informationen Dritten übertragen, sofern keine rechtliche Bestimmung oder vertragliche Vereinbarung entgegensteht.

§ 40 IDG (Vertragswidriges Bearbeiten von Personendaten)

Wer als beauftragte Person gemäss § 6 ohne ausdrückliche Ermächtigung des auftraggebenden öffentlichen Organs Personendaten für sich oder andere verwendet oder anderen bekannt gibt, wird mit Busse bestraft.